Verherrlichung des Ehebruchs hinaus. Die Kosten der Untersuchung fallen der Staatskasse zur Last.

Coblenz, 22. Februar. Die „Cobl. Ztg." schreibt: Nach hierher gelangter Mittheilung ist es gestern in Rheinbrohl anläßlich der Beerdigung eines Kindes protestantischer Confession zu einem Tumult gekommen, der schwere Folgen für die Betheiligten nach sich ziehen dürfte. Wenn die uns gewordenen Mittheilungen richtig sind, hat die Civilgemeinde Rheinbrohl auf Grund gesetzlicher Bestimmungen das Glockengeläute für die Beerdigung beansprucht und, als die Anforderung erfolglos blieb, die zu erlangende Gendarmerie des Kreises zur Unterstützung herbeikommen lassen; die fanatisirte Volksmenge soll aber den Gendarmen gegenüber eine Haltung eingenommen haben, welche es diesen unmöglich machte, ihre Aufgabe zu lösen, und sie zwang, sich zurückzuziehen. Um die Autorität der Behörden aufrecht zu erhalten, ist nunmehr heute früh 8 Uhr von Ehrenbreitstein aus ein Commando von 100 Mann vom Füsilierbataillon des 68. Infanterieregiments unter Führung des Hauptmanns v. Bock nach Rheinbrohl per Bahn abgegangen. Das Militär besetzte den Ort, ließ die Kirchthür sprengen und machte es so möglich, daß das Begräbniß, bei welchem ein evangelischer Geistlicher aus Linz amtirte, ungestört stattfinden konnte. Die Bevölkerung war, sobald das Militär erschien, ruhig geworden und leistete keinen Widerstand mehr. (Wie wir der „Rhein.-Westf. Post" entnehmen, hatte die Leiche des Kindes, dessen Vater evangelisch, dessen Mutter aber katholisch ist, wegen der großen Aufregung der ganzen katholischen Bevölkerung volle 7 Tage über der Erde gestanden. Am 20. d. wurde der Bürgermeister sammt seinem Polizisten von einer großen, theilweise mit Knüppeln und Heugabeln bewaffneten, um die Kirche gruppirten Menschenmenge höhnisch begrüßt, und es gelang ihm nicht, den Zutritt zu den Glocken zu erlangen, so daß er sich genöthigt sah, die Beerdigung noch immer 1 Tag aufzuschieben, um von dem Landrathe nachdrückliche Hilfe zu requiriren.)

München, 24. Februar. Wie die „Allg. Ztg." vernimmt, hat Se. Majestät der König in einem Handschreiben an den Staatsminister Dr. v. Lutz dem gesammten Staatsministerium vollste Anerkennung ausgesprochen.

* **Karlsruhe**, 23. Februar. (Schw. Merc.) In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer begründete, wie bereits kurz erwähnt, der Abg. Kern seine Motion auf Einführung des directen Wahlsystems bei den Landtagswahlen und stellte den Antrag: es wolle die Kammer in einer Adresse den Großherzog um eine Gesetzesvorlage bitten, wodurch das directe Wahlsystem bei den Landtagswahlen eingeführt werde.

Abg. Kern motivirt diesen Antrag durch die Erfahrungen bei den jüngsten Reichstags- und Landtagswahlen. Für die ersteren bestehe das directe Wahlsystem, die Bevölkerung habe sich deshalb sehr lebhaft bei den Wahlen betheiligt, während das Gegentheil bei den Landtagswahlen der Fall gewesen sei. Es sei dies ein Beweis, daß das indirecte Wahlsystem keine Sympathien mehr im Volke habe. Die Vorrechte der Städte und die Wahlkreiseintheilung sollen nicht angetastet werden. Redner wirft einen historischen Blick auf die alte landständische Verfassung, bei der auch das directe Wahlsystem in Geltung gewesen, weil die einzelnen Wahlberechtigten nur ihre eigenen Interessen vertreten hätten. Bei Einführung der constitutionellen Staatsform sei sodann das allgemeine Interesse maßgebend geworden. Beim Mangel einer allgemeinen Bildung des Volkes sei die Einschränkung des Wahlrechtes erklärlich gewesen. Die fortschreitende Volksbildung erheische aber nun auch das directe Wahlsystem. Dieses bringe für den Staat auch keine Gefahren, zumal in Staaten, wie bei uns, in denen das Zweikammersystem eingeführt sei. Zuweit gehende Schritte würden durch die conservativen Mitglieder des Oberhauses schon gehemmt. In Sachsen und Württemberg bestehe das directe Wahlsystem bereits. Nur bei diesem System könne der Wille der Wähler unverfälscht zum Ausdruck kommen. Es wird sich auf Autoritäten, wie v. Rotteck und v. Bismarck berufen und weiter bemerkt, daß, da die Lösung der socialen Frage immer näher trete, nicht länger gezögert werden dürfe.

Abg. Kiefer beantragt den Druck der Motion.

Abg. Baumstark: Er sei in der Oeffentlichkeit aufgefordert worden, in dieser Frage Stellung zu nehmen. Es thue dies jetzt schon, weil er bei der Parteistellung des Hauses bei der Berathung dieses Gegenstandes wahrscheinlich nicht mehr Mitglied der Kammer sein werde. Er sei ein Anhänger des directen Wahlrechtes, er halte aber den Antrag für höchst unzeitgemäß und nur geeignet, der Regierung Verlegenheiten zu bereiten. Es sollte daher nach § 56 der Geschäftsordnung verfahren und zur Tagesordnung übergegangen werden.

Abg. Schneider protestirt gegen den Ausdruck „Parteistellung".

Das Haus beschließt mit ziemlicher Mehrheit den Druck der Motion und wird sich dann über deren geschäftliche Behandlung schlüssig machen.

* **Darmstadt**, 23. Februar. Einige Abgeordnete der clericalen Richtung haben bei der Zweiten Kammer den Antrag auf Einführung directer Wahlen zum Landtag und sonstige Aenderungen an dem dermaligen Wahlgesetze eingebracht. Die Regierung hat dem gegenüber ihre Stellung folgendermaßen bezeichnet:

Die Gesetzgebung, um welche es sich handelt, ist vor noch nicht ganz zehn Jahren geschaffen worden, es sind dabei alle Fragen, welche der Antrag berührt, gründlich erwogen und discutirt worden. Das Gesetz vom 8. November 1872 enthält in den wesentlichen Punkten die Grenze, bis zu welcher die gegenwärtige großherzogliche Regierung in der Ausdehnung des Wahlrechts gehen zu dürfen glaubt. Es handelt sich hier der Hauptsache nach um Bestimmungen, welche als Bestandtheil der Verfassung erklärt sind, deren Aenderung daher nur im dringendsten Nothfall zugelassen werden kann. Was die einzelnen bezeichneten Aenderungen betrifft, so scheint bei 1) dem Antrag auf Einführung directer Wahlen an Stelle der indirecten übersehen zu sein, daß in der Reichsgesetzgebung das Princip der directen Wahl ein Gegengewicht in der Diätenlosigkeit der Abgeordneten findet. Auch hat trotz der directen Reichstagswahl noch keiner der deutschen Staaten sich bewogen gefunden, seine indirecten Landtagswahlen aufzugeben; 2) die Bestimmung, daß das Wahlrecht abhängig ist von der Erfüllung der Einkommensteuerpflicht, hat den Zweck, der Bevölkerung zum Bewußtsein zu bringen, daß die Uebung öffentlicher Rechte bedingt ist durch die Erfüllung öffentlicher Pflichten, und diese Bestimmung erreicht diesen Zweck. Bei der Entrichtung indirecter Steuern, die in der Regel in dem Preis der Bedarfsgegenstände erfolgt, kommt die Erfüllung einer öffentlichen Pflicht nicht zum Bewußtsein, und es vermag daher der Hinweis auf die indirecten Steuern die Forderung der Erfüllung der directen Steuerpflicht nicht zu ersetzen; 3) nach der Anschauung der Regierung ist es keineswegs nothwendig, mechanisch genau auf eine gleiche Anzahl von Einwohnern die gleiche Zahl von Abgeordneten zu vertheilen, um eine richtig bemessene Vertretung des Landes zu erreichen. Das besondere Wahlrecht der Städte ist geschaffen, wie die Verfassungsurkunde sich ausdrückt, „um die Interessen des Handels oder alte achtbare Erinnerungen zu ehren". Die Regierung ist der Ansicht, daß diese Gründe auch jetzt das besondere Wahlrecht der Städte rechtfertigen, und sie ist nicht gewillt, ihnen dasselbe zu entziehen. Dagegen findet die Regierung weniger Bedenken dabei, das Wahlrecht der Städte, welche nach dem Verhältniß ihrer Bevölkerung zu der Gesammtbevölkerung des Landes eine größere Zahl von Abgeordneten zu wählen haben würden, als ihnen zu wählen jetzt zusteht, zu erhöhen, und ist geneigt, diese Modification in Erwägung zu ziehen.

Ausschuß und Plenum werden sich noch in dieser Session mit der der Materie zu befassen haben. Gestern trat die Zweite Kammer in die Verhandlung über das Budget der technischen Hochschule in Darmstadt. Es handelt sich doch darum, ob die Majorität des Finanzausschusses, welche die Aufhebung der Anstalt durch Beschränkung der dafür geforderten Mittel bis zum 1. October d. J. befürwortet, auch im Hause die Mehrheit erringen wird, eine Frage, die nicht blos in der Stadt Darmstadt, sondern im ganzen Lande das größte Interesse und peinliche Erwartung hervorgerufen hat. Als einziger Kämpe für den Antrag trat gestern der Abg. Dr. Schröder (im Reichstag Friedberg) auf und hielt nach ausführlicher Betonung der Nothwendigkeit von Ersparnissen den Antrag der Mehrheit nicht einmal mehr ganz aufrecht, indem er vielmehr nebst einem weitern Finanzausschußmitgliede den neuen Antrag einbrachte, die Hochschule fortbestehen zu lassen, sofern sich die Stadt Darmstadt verpflichte, die Hälfte des jeweiligen Bedarfs der Hochschule zu tragen, was freilich nie eintreten wird. In der heutigen Sitzung trat die Regierung sehr energisch für die Erhaltung der technischen Hochschule und gegen den Antrag der Mehrheit des Finanzausschusses ein. Abg. Rucke glaubte, daß verschiedene Abstriche am Etat der Anstalt den Fortbestand derselben nicht in Frage stellen könnten, wünschte aber die unerquickliche Angelegenheit für immer geordnet zu sehen. Der Ministerpräsident v. Starck glaubt, daß desfallsige Verhandlungen mit der Stadt Darmstadt anzubahnen seien. Der Antrag der Mehrheit, eine blühende Anstalt zu vernichten, sei unerhört, in keiner Weise gerechtfertigt, erniedrige das Ansehen des Landes, schädige seine Würde und Ehre. Das so votirte Budget sei für die Regierung unannehmbar; er würde zu seiner Vollziehung niemals die Hand bieten.

-y **Wien**, 24. Februar. Die Berufung Skobelew's nach St. Petersburg und die Erklärungen des Staatssecretärs Sir Charles Dilke im englischen Parlament über die Beziehungen Rußlands zu Oesterreich und Deutschland haben hier in allen Kreisen einen günstigen Eindruck gemacht und nicht wenig zur Beruhigung der Gemüther beigetragen. Man hat jetzt bestimmte Anhaltepunkte dafür, daß Kaiser Alexander III. und die ihm nahestehenden Persönlichkeiten nicht nur das Auftreten Skobelew's entschieden mißbilligen, sondern auch ernstlich bemüht sind, die Welt von ihren friedliebenden Absichten zu überzeugen. Daß ihnen letzteres, trotz der panslawistischen Hetzartikel der Aksakow und Consorten, gelingen werde, hält man für um so sicherer, als man über die friedlichen Intentionen des Geh. Raths v. Giers hier längst im Klaren ist und schon dessen Verbleiben im Amte als ein beruhigendes Symptom ansieht. Außerdem weiß man hier aus sicherster Quelle, daß die alarmirenden Meldungen von Truppenverschiebungen an der galizischen Grenze, von russischen Rüstungen und Fortificationsbauten in größerm Maßstabe nichts als leere Erfindungen oder doch arge Uebertreibungen sind. — Die Verhandlungen der hier tagenden Conférence à quatre haben infolge von formalen Schwierigkeiten eine kleine Unterbrechung erfahren, die jedoch bald wieder beseitigt sein wird. Sachlich ist ein günstiges Ergebniß der Verhandlungen, nachdem über alle wesentlichen Punkte des Eisenbahnanschlußvertrages ein Einvernehmen bereits erzielt ist, mit Sicherheit zu gewärtigen. — Die serbische Regierung ist beim Bezirksgerichte der innern Stadt Wien um das gerichtliche Verbot auf sämmtliche, bei der hiesigen Länderbank befindliche Depots der falliten „Société de l'Union générale" in Paris eingeschritten. Die bezüglichen Depots, welche einen sehr bedeutenden Werth repräsentiren, bestehen aus serbischen Loosen und serbischen Staatsobligationen. Motivirt wurde das Gesuch um die erwähnte Beschlagnahme mit zwei Forderungen der serbischen Regierung an die „Union générale" im Betrage von 7,14 und 28,56 Millionen Frcs. Das Gericht hat dem Einschreiten der serbischen Regierung Folge gegeben und das angesuchte gerichtliche Verbot, nach vorherigem Erlage einer entsprechenden Caution, bewilligt. Gleichzeitig wurde für die „Union générale" in Paris am hiesigen Platze ein Curator bestellt.

* **Wien**, 24. Februar. Das Abgeordnetenhaus berieth über die Regierungsvorlage, betreffend die vorläufige Einführung von Zollzuschlägen zu einigen Finanzzöllen, das sogenannte Sperrgesetz, nachdem der erst gestern gewählte Zollausschuß bereits heute den Bericht erstattet hat. Die Majorität des Ausschusses beantragt die Annahme der Regierungsvorlage, welche zur Sicherung des Ertrages der in dem neuen Zolltarif beantragten Finanzzölle vom 1. März 1882 angefangen für einzelne Waaren insbesondere Kaffee bei deren Einfuhrverzollung Zuschläge zu den bisher üblichen Zöllen einzuheben bestimmt. Namens der Linken stellt der Abg. Dr. v. Plener den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung mit Rücksicht darauf, daß durch die überstürzte Behandlung einzelner Tarifpositionen den Beschlüssen des Reichsrathes über den Tarif selbst präjudicirt wird und daß hierbei durch die exorbitante Erhöhung des Kafferzolles der Bevölkerung eine schwere Mehrbelastung auferlegt werden soll.

Der Berichterstatter der Majorität, Abg. Meznik sagt: Die Regierung veranschlagt den totalen Effect der Erhöhung der Finanzzölle, wenn alle von ihr proponirten Tarifsätze in Wirksamkeit treten werden, auf 7½ Millionen Fl. Vorläufig werden allerdings, nachdem wir mit anderen Staaten, z. B. Italien, durch Verträge gebunden sind, nicht alle Tarifsätze in Wirksamkeit treten können, und es ist daher vorläufig eine jährliche Mehreinnahme von über 4 Millionen nach den Anträgen der Regierung in Aussicht gestellt. Den bedeutendsten Antheil an der Erhöhung der Finanzzölle hat der Kaffee, dessen Besteuerung, wenn der proponirte Satz von 40 Fl. in Gold auf den Metercentner angenommen wird, circa 5 Millionen Fl. tragen wird. Redner verweist nun auf die Höhe des Kafferzolles in anderen Ländern, wo derselbe, wie z. B. in Frankreich und Italien, ebenso groß und noch größer ist, oder wo, wie z. B. in Deutschland, eine Erhöhung in Aussicht steht, und führt fort: Und wenn der Ausschuß Ihnen das Eingehen in die Berathung der Regierungsvorlage empfiehlt, so bin ich verpflichtet, dies unter der Erklärung zu thun, daß, wenn auch die Majorität des Ausschusses sich für die Annahme der vorliegenden Regierungsvorlage ausgesprochen hat, sie dadurch ihren weiteren Standpunkt in dieser Frage nicht präjudiciert haben will.

Der Berichterstatter der Minorität, Abg. Dr. v. Plener: Ich bitte Jedermann, klar zu sein, daß Derjenige, der heute für Artikel 1 des Sperrgesetzes, das heißt für den 16 Fl.-Zuschlag stimmt, absolut stimmt für die 40 Fl. im definitiven Zolltarif. Wenn Sie glauben, Sie stimmen jetzt für 16 Fl. für 3 Monate, halten sich aber die Hand frei, um im definitiven Tarif nicht mehr 40 Fl. anzunehmen, so bedenken Sie, welche Preisregulation, welche Verwirrung im Handel entstehen würde, wenn sich jetzt auf Grund des 16 Fl.-Zuschlages die Preise stellten und nur in 3 Monaten am Ende einen niedrigern Zoll beschlössen. Es ist durch diese Art der Berathung heute dem Hause nothgedrungen die Verpflichtung gegeben, sich über den Kaffeezoll von 40 Fl. klar zu werden. Wir sind nun der Meinung, daß die Erhöhung des Zolles vom Kaffee von 24 Fl. auf 40 Fl. eine zu gewaltsame und überstürzte ist, um im Interesse der Bevölkerung getragen werden zu können. Und da bitte ich, sich die Natur dieser Artikel zu vergegenwärtigen. Wie die Dinge liegen, ist der Kaffee, ich will nicht sagen ein Nahrungsmittel, aber ein mit den Lebens- und Verzehrungsformen eines großen Theils unserer Bevölkerung innig verbundener Consumgegenstand; nennen Sie es ein Genußmittel, ein Nahrungsmittel im eigentlichen Sinne will ich es selbst nicht nennen, aber ein Genußmittel, welches einer großen Klasse der Bevölkerung einen wesentlichen Theil zu ihrer Lebenserhaltung bildet. Im Jahre 1879, als es sich um die Erhöhung des Kafferzolles von 16 auf 20 Fl. handelte, wäre eine größere Erhöhung gar nicht discutabel gewesen; allein gegenwärtig mache man einen Sprung um volle 16 Fl. Diese Erhöhung werde infolge des Zwischenhandels 30 bis 35 Kreuzer bei jedem Kilogramm Kaffee ausmachen, und diese Belastung werde vorzüglich die unteren Klassen der Bevölkerung treffen. Es macht sich überhaupt in den Vorschlägen der Majorität ein eigenthümliches System bemerkbar. Gegenüber dem Streben der höhern Besteuerung der Massenconsumartikel der unteren Klassen steht die constante Weigerung einer Reform der directen Steuern. Ich habe Stimmen gehört, daß die Bevölkerung lieber das Trinken von Kaffee aufgeben soll. Dadurch würde das Volk wieder um eine Stufe in der allgemeinen Lebenshaltung sinken; es müßte zu den schlechten Surrogaten greifen und schließlich zum Branntwein. Auch aus finanztechnischen Gründen empfiehlt sich eine solche Erhöhung nicht. In Deutschland hat man den Zoll von 17½ auf 20 Fl. erhöht. Wenn nun ein solcher Abstand zwischen den österreichischen und den deutschen Zollverhältnissen eintritt, ist es unausbleiblich, daß der Schmuggel wiederum aufleben muß. Dagegen wird auch das Zollcartell nicht viel helfen. Es wird nämlich z. B. in Hamburg der Zoll an die deutsche Reichskasse regulär entrichtet worden sein und der Kaffee dadurch für das Consumgebiet des deutschen Zollverbandes eingebracht sein; in dem Moment hört aber die Controle seitens der deutschen Zollverwaltung auf und der Kaffee wird so behandelt, als ob er in Chemnitz oder Plauen gemachten wäre. Er wird dann nach Oesterreich gebracht werden; der Zoll dafür wird in die deutschen Reichskassen geflossen sein und wir werden den Zoll verlieren und nur eine Demoralisirung der Bevölkerung und erhöhte Ausgaben haben durch die Vermehrung der Finanzwache und die Kosten der Grenzüberwachung. Außerdem gestaltet sich auch unser Verhältniß zu Ungarn ungünstiger. Wenn der Ertrag aus dem Kaffeezoll 5 Millionen ausmacht, entfallen auf Ungarn 1 570 000 Fl., während die Zollzahlungen nur 1 Million ausmachen. Aus der Erhöhung, die unsere Bevölkerung so drücken wird, resultirt für Ungarn ein Präcipuum.

Abg. Dr. Barenther behauptet, daß die kostbare Parlamentszeit in unverantwortlicher Weise vergeudet worden sei, und führt dann fort: Wir sind nicht im Stande, diese verwegene Jagd aufzuhalten, wir können, wie der Bauer, welchem der Acker von Reißigen getreten wird, stehen und bitten, einiges menschliches Rühren, einige Schonung für unsere Hoffnungen, für unsere Mühe und Arbeit zu haben. Heute wurden zwei Journale unserer Partei confiscirt, weil sie das Sperrgesetz besprachen; es beschränkt sich daher das freie Wort ausschließlich auf diese Räume. Ich möchte nur einmal dem Finanzminister oder Handelsminister wünschen, daß sie statt auf dieser Ministerbank auf der Wiederbank säßen, in einem schmalen, engen Raume, um sie herum hungernde Kinder. Und ich möchte dann auch dem Referenten für die Petroleumsteuer wünschen, dort zu sitzen, damit er sehe, wie der arme Häusler oder Weber sich größere, lichtere Fenster anschaffen kann, um Petroleum zu ersparen. Dieses Gesetz kommt mir vor, wie eines jener „Leges naturae", welche zur Zeit der römischen Republik manche Magistrate einbrachten. Ich glaube, daß mit jedem Gesetzgebungsschritten, den (zur Rechten) Sie, meine Herren, nach vorwärts, oder besser nach rückwärts thun, der Preis ein höherer wird, den die Bevölkerung zahlen muß. Sie können wie Cäsar sagen: „Wir kamen, sahen und siegten". Doch ihrer Siege werden Sie nimmer froh werden! Denn es wurden Mittel gewählt, welche, statt die Hebung des Wohlstandes, der Gesittlichung, der Bildung im Volke zu ergreifen, die Verarmung, die Demoralisation, die Verdummung mit sich bringen. In keinem Augenblick so sehr, als im jetzigen, ward es uns klar, daß wir diesem Ministerium in jeder Weise unverhohlen, rückhaltslos, mit allem Freimuthe entgegentreten müssen."

Abg. Sax glaubt im Namen der Handelskreise, die er zu vertreten habe, die Erklärung abgeben zu können, daß dieselben die gewünschten Schutzzölle, um den Preis der hier beabsichtigten Finanzzölle nicht werden erkaufen wollen. Aber auch vom wissenschaftlichen Standpunkte müsse dieser bedeutende Sprung bekämpft werden, einfach darum, weil infolge desselben eine solche Consumverringerung eintreten müsse, daß die Mehreinnahmen des Staates sich auf ein Minimum reduciren werden.

Abg. Oelz führt aus, daß der Kaffee, der durch die Surrogate nicht genügend ersetzt wird, ein Hauptnahrungsmittel der armen arbeitenden Bevölkerung bildet, für welche es keine kräftigere Nahrung giebt, die sie zu erschwingen im Stande wäre.

Der Finanzminister Ritter v. Dunajewski tritt der Behauptung entgegen, daß durch die Zollerhöhung insbesondere die Arbeiterbevölkerung getroffen werde; der Consum sei überhaupt in den verschiedenen Theilen der Monarchie verschieden. Der Kaffee sei bei uns kein so allgemeiner Consumartikel; in Deutschland entfallen 2,4 kg auf den Kopf, in Oesterreich 0,9. Wenn man den Consum vor dem Jahre 1879 und nach diesem Jahre vergleiche, so ergebe sich, daß derselbe keine Abnahme gefunden habe. Redner polemisirt ferner gegen die Vorredner und sagt dann: Wenn eine rasche Erhöhung der Staatseinkünfte absolut unvermeidlich ist, giebt es keinen andern Weg als den der indirecten Besteuerung. Ich habe schon im hohen Hause und gestern im Ausschusse erklärt, daß die Vorlage der Erwerbsteuer sich darum verzögert hat, weil ich von den verschiedensten Seiten des hohen Hauses den dringenden Wunsch äußern gehört habe nach der Personaleinkommensteuer. Diese beiden Vorlagen sind miteinander in unmittelbarer Verbindung; darum werde ich sie im nächsten Sessionsabschnitte dem hohen Hause vorlegen. Der Zolltarif ist zu Stande gekommen nach langen und eingehenden Berathungen zwischen beiden Theilen der Monarchie, und mußte natürlich den beiderseitigen berechtigten Interessen Rechnung getragen werden. Das Sperrgesetz ist nur eine Vorsicht dagegen, daß vor der Erledigung des Zolltarifs die beabsichtigte Erhöhung der Staatseinnahmen nicht illusorisch gemacht werde. Was wird erreicht, wenn Sie das Sperrgesetz beschließen? Daß während dieser 3 Monate nicht noch um den niedrigern Zoll die Bedürfnisse der nächsten Monate Juli, August ꝛc. bis Ende des Jahres gedeckt werden. Für die Verhinderung eines solchen Vorganges — salvo judicio über die Höhe des vom hohen Hause definitiv zu beschließenden Kafferzolles — muß doch die Regierung Sorge tragen; sie muß dafür sorgen, daß nicht die ganze Zollerhöhung für das laufende Jahr vollkommen entfalle.

Der vom Ritter v. Grocholski beantragte Schluß der Generaldebatte wird mit 142 gegen 137 Stimmen angenommen. (Dagegen stimmen die Linke, die Dalmatiner, dann Dr. Rieger, Adamek, Schindler, Tilscher, Oelz, Thurnher, Graf Stockau.) Zum Generalredner gegen wird Abg. Rumwirth gewählt; als einziger Redner für ist Abg. Ritter v. Jaworski eingetragen.

„Dich? Nun ja; aber es ist am Ende doch gut", sagte er zögernd.

„Was ist's? Von Hjalmar Klausen?" forschte sie.

„Von ihm."

„Dacht' ich's doch!" rief sie. „Und das sagt Ihr erst jetzt?"

„Nur ruhig Mädchen!" beschwichtigte er. „Vielleicht ist es ja gar nicht wahr; und wenn es wahr ist, so lasse Dir keine grauen Haare darüber wachsen. Es giebt mehr Burschen und bessere."

„Laßt Das, Vater!" unterbrach sie ihn ernst, mit einer Ruhe, welche die innere Erregung, die sich durch das Zucken der Lippen und die krampfhafte Geschäftigkeit, mit der sie ihr Schürzenband auf- und wieder zuknüpfte, verrieth, nur schlecht verbarg.

„Was habt Ihr gehört?"

„Leute haben erzählt, Hjalmar Klausen sei in London gewesen," sagte Mertens zögernd.

„Nun," sagte sie, „was ist da dabei? Vergangenes Jahr war er auch dort."

Er lachte. „Das ist's gerade. Heuer war er in schöner Gesellschaft."

„Wieso? Ich versteh' Euch nicht!"

„Nun, — er sei mit einer Dirne gesehen worden und einem Kinde...." sagte Mertens, verstohlen zu der Tochter hinüberschielend.

„Ihr lügt!" schrie das Mädchen jäh auf.

„Gesehen hab' ich's nicht," entgegnete er ruhig; „auch mir hat man es nur erzählt."

„Und ihr sprecht es nach!" sagte sie fast drohend mit vor Erregung bebender Stimme.

„Besser, Du hörst es durch mich, als durch Andere; morgen läuft es durch den ganzen Ort, bestätigte er.

„Es ist eine freche Lüge.... Wer hat es aufgebracht.

„Gehört hab' ich's."

„Von wem? Von Holger? Dann ist's um so mehr gelogen!"

„Er hat es nicht aufgebracht. Nils Konert ist zurück — und der hat es ihm erzählt."

„Nils Konert ist gar nicht mit Klausen auf einem Schiffe gewesen."

„Aber ist ihm in London begegnet mit der Dirne und dem Jungen."

„Und ich glaube es doch nicht," beharrte Gunil, aber in einem Tone, der deutlich verrieth, wie schwer ihr das Nichtglauben wurde.

„Das kannst Du halten, wie Du willst," entgegnete ihr Vater. Ich sage Dir nur Eins: einen lüderlichen Tochtermann will ich nicht."

„Und ich heirathe keinen Treulosen," erwiderte sie rasch.

„Dann sind wir ja Eins," sagte er, gezwungen lachend.

„Nicht so, wie Ihr meint," fiel sie schnell ein. „Auf Klausen trifft es nicht."

„Was hast Du an ihm?"

„Ich habe ihn lieb, — das ist genug."

„Ja, wenn man sich nicht satt essen will," lachte der Vater. „Besser wäre es, Du gäbest ihn auf."

„Nie! Ich habe Euer Wort."

„Das nehme ich nicht zurück. Wenn er das Brauegut bringt, so möcht Ihr Hochzeit halten — aber bis dahin hat es gute Wege."

„Das ist meine Sache."

„Nicht allein. Die Sache muß bald ein Ende nehmen. Ich will keine alte Jungfer im Hause haben. Ist's mit dem Klausen nicht bald richtig, so wähle ich den Schwiegersohn."

„Zum Spätherbst ist Hjalmar hier," versetzte Gunil bestimmt.

„Meinst Du? Sie sagen, er habe sich neu einschreiben lassen für so und so viel Jahre", entgegnete er.

„Eine Lüge paßt zu der andern," erwiderte sie achselzuckend und anscheinend gleichgiltig, während sie den Tisch abräumte und dem Vater die Pfeife reichte.

„Willst Du nicht essen, Gunil?" fragte er, jetzt erst bemerkend, daß sie keinen Bissen berührt hatte.

„Ich danke Euch, Vater," entgegnete sie — „ich habe keinen Hunger." Dabei nahm sie das Tischgeräth und ging hinaus.

Er schaute ihr nach. „Sie könnte mich dauern — armes Ding!" sagte er halblaut. „Aber es muß sein," fügte er hart bei. „Wahr ist ja wohl, was Holger gehört hat. Ich hätte es dem Burschen nicht zugetraut. Doch gut ist's, daß es so kam — ich könnte ihr nicht helfen, und wäre er ihr zehn Mal treu."

(Fortsetzung folgt.)

Literatur. Von Paul Emil Richter ist im Verlage von H. Burdach abermals ein „Verzeichniß der neuen Werke der königl. öffentlichen Bibliothek für das Jahr 1881" erschienen. Das Verzeichniß besteht aus einem alphabetischen Theil, in welchem sich die Werke nach den Namen der Autoren geordnet vorfinden, einem systematischen Theil und einer Inhaltsübersicht. Das Verzeichniß umfaßt 1937 Titel von Büchern und Schriften gegen 1600 des Vorjahres. Die kleine Schrift wird allen den zahlreichen Freunden unserer Bibliothek willkommen sein und wäre nur zu wünschen, daß auch andere Bibliotheken dieser, von hier aus gegebenen Anregung Folge geben möchten.

—ff—

* Nach einer der sächsischen Regierung auf amtlichem Wege zugegangenen Mittheilung ist von dem dänischen Thierschutzverein zu Kopenhagen ein mit der Vivisectionsfrage in Beziehung stehendes Preisausschreiben erlassen worden. Bei der Wichtigkeit der Frage und in Entsprechung des von der königl. dänischen Regierung deshalb zu erkennen gegebenen Wunsches thunlichster Verbreitung dieses Preisausschreibens in Deutschland wollen wir nicht unterlassen, letzteres hierdurch zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

* Der „Pirnaer Anzeiger" meldet: Dem hiesigen Bildhauer Reßmann, aus dessen Atelier schon so manche hübsche Leistung hervorging, ist von dem Comité der Liedgestiftung die Ausführung des Denkmals übertragen worden, welches für den in Pillnitz ansässig gewesenen und daselbst verstorbenen Dichter Julius Hammer auf dem Platze vor der dortigen Schule errichtet werden soll.

SLUB
Wir führen Wissen.